

## **Pitt von Bebenburg**

### **Laudatio zum Menschenrechtspreis der Stiftung Pro Asyl an den VBRG und seiner Kooperationspartner:innen, vertreten durch Heike Kleffner, Sultana Sediqi und Ibrahim Arslan**

**2. September 2023**

**Haus am Dom, Frankfurt am Main**

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe engagierte Menschen,

liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

wir kommen in einer schwierigen Zeit zusammen. Wir erleben eine ungeahnte Zahl an rechtsextremen Übergriffen. Es ist wichtig, dass eine starke Zivilgesellschaft dagegen hält und zeigt, dass das nicht das Deutschland ist, das wir sein wollen.

Diese Veranstaltung, diese Preisverleihung ist den Betroffenen, den Opfern von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gewidmet. Es hat viel zu lange gedauert, bis deren Perspektive wahrgenommen wurde, die Opferperspektive. Ich möchte deswegen ganz am Anfang einen der Preisträger zitieren, Ibrahim Arslan. Mit Blick auf die Opfer der Terrorgruppe NSU und deren Familien sagte er im Interview meines FR-Kollegen Hanning Voigts: „Die Taten gegen Menschen mit Migrationshintergrund schweißen uns zusammen.“ Neudeutsch nennt man es Empowerment, wenn die Betroffenen sich gemeinsam Gehör verschaffen. Und dafür stehen die Preisträgerinnen und Preisträger des heutigen Tages, der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Menschen aus seinem Netzwerk, nämlich die Geschäftsführerin Heike Kleffner, die Aktivistin Sultana Sediqi und der Bildungsarbeiter Ibrahim Arslan.

Ibrahim Arslan hat überlebt. Er bezeichnet sich selbst als Überlebenden, in bewusster Bezugnahme auf die Überlebenden der Shoah. Er spricht von deutschen Kontinuitäten. Der einschneidende Tag, der sein Leben verändert hat, war der 23. November 1992. Damals warfen Neonazis Molotowcocktails auf die beiden Wohnhäuser in Mölln, in denen die Familie Arslan wohnte. Die 51-jährige Bahide Arslan, die zehnjährige Yeliz Arslan und die 14-jährige Ayse Yilmaz kamen bei dem schrecklichen Anschlag ums Leben. Es waren die Großmutter, die Schwester und die Cousine von Ibrahim Arslan, der den Anschlag nur knapp überlebte, weil ihm seine Oma das Leben rettete, indem sie ihn, den Siebenjährigen, in nasse Decken wickelte.

Ibrahim Arslan hat sich durch die schreckliche Tat nicht mundtot machen lassen. Im Gegenteil: Seit vielen Jahren macht er sich gegen Rassismus stark und setzt sich für eine andere Erinnerungskultur ein. Er berichtet vom unwürdigen Umgang der Behörden mit den Opfern – die der Familie etwa all die Solidaritätsschreiben vorenthielten, die aus aller Welt eingegangen waren. Seine klare Haltung und sein öffentliches Auftreten waren enorm wichtige Zeichen, er hat andere Betroffene dazu ermutigt, den Mund aufzumachen.

Es scheint ein Muster zu geben. Nach den Morden der Terrorgruppe NSU wurden zunächst die Opferfamilien verdächtigt. Und nach den tödlichen Schüssen von Hanau wurden die Hinterbliebenen völlig unwürdig behandelt und nicht einmal gefragt, bevor ihre getöteten Angehörigen obduziert wurden. Jedes Mal kommen Untersuchungsausschüsse zu dem Ergebnis, dass der Umgang mit Opfern sich ändern müsse. Ich frage mich: Wann passiert das endlich?

Ibrahim Arslan leistet heute Bildungsarbeit, geht an Schulen, spricht über Rassismus und stellt fest, wie viele Schülerinnen und Schüler ebenfalls Erfahrungen von Rassismus und Ausgrenzung machen müssen. Er tut das schon seit vielen Jahren. Und er bemüht sich um eine Vernetzung von Opferfamilien und kritisiert öffentliches Gedenken, das die Opfer ausgrenzt. Er hat die „Möllner Rede im Exil“ ins Leben gerufen, gemeinsam mit Freunden, und damit ein Zeichen gesetzt. Arslan etablierte damit eine neue Kultur des Gedenkens in Deutschland, die die Angehörigen rassistischer Morde und Anschläge aktiv miteinbezieht und gegen das Vergessen kämpft. Arslan ist unbequem, und das ist gut so.

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass Betroffene in der Öffentlichkeit ihre Stimme erheben, so wie es Arslan tut oder die Angehörigen der Opfer vom rassistischen Terroranschlag am 19. Februar 2020 in Hanau. In den 90er Jahren kreiste die Debatte viel zu sehr um die Täter – meistens waren es Jungen und Männer, Täterinnen waren selten. Manche Debattenbeiträge warben geradezu um Verständnis und Akzeptanz für die Schläger und Brandstifter.

Damals hatte ich erstmals mit Heike Kleffner zu tun, und schon damals ging es ihr, ging es uns um die Opferperspektive, wie auch heute in ihrer Arbeit als Geschäftsführerin beim Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. „Den Opfern einen Namen geben“ hieß unser gemeinsames Projekt. Wir wollten die Opfer würdigen, damit sie nicht vergessen werden. „Den Opfern einen Namen geben“ hieß dann auch die Sonderbeilage in der Frankfurter Rundschau, die aus unserer Zusammenarbeit entstand, zu der auch der Journalistenkollege Frank Jansen beitrug, der die Liste im „Tagesspiegel“ veröffentlichte. Das war Erinnerungsarbeit, aber auch ein politisches Statement gegen die Verschleierung, denn wir zählten 93 Todesopfer rechter Gewalt in den ersten zehn Jahren des vereinten Deutschland, deutlich mehr als die Behörden öffentlich einräumen wollten.

Die schreckliche Tat von Mölln war eine der Taten, die wir schilderten. Es gab aber auch viele Opfer, die öffentlich völlig unbekannt geblieben waren. Die Aufzählung begann mit dem Polen Andrzej Fraczkak, der am 7. Oktober 1990 vor einer Diskothek in Lübbenau (Brandenburg) bei einem Angriff von drei jungen Deutschen durch einen Messerstich tödlich verletzt wurde. Sie endete mit dem Fall des 51 Jahre alten Obdachlosen Norbert Plath, der am 27. Juli 2000 in Ahlbeck (Vorpommern) von vier jungen Rechtsextremisten zu Tode geprügelt wurde. Manche Fälle beschäftigen die Öffentlichkeit und die Justiz bis heute – so der Mord an dem 27-jährigen Samuel Kofi Yeboah aus Ghana, der in der Nacht zum 19. September 1991 in Saarlouis in seinem Haus verbrannte. Unbekannte hatten nachts einen Brandsatz in die Asylbewerberunterkunft geschleudert. Nach mehr als 30 Jahren läuft nun der Prozess in Koblenz – und die saarländische Polizei hat sich inzwischen entschuldigt für die völlig unzureichenden Ermittlungen und den unmenschlichen Umgang mit den Überlebenden. Viele Zeugen von damals fehlen aber – sie sind längst abgeschoben worden. Saarlouis war in dieser Hinsicht kein Einzelfall, ein solcher Umgang war eher die Regel.

Nach dem Anschlag von Hanau 2020 ist das Prinzip „Say Their Names“ öffentlich bekannter geworden. Die Namen und Lebensgeschichten der neun Todesopfer rassistischer Gewalt in Hanau sind in Gedenkveranstaltungen und in der öffentlichen Wahrnehmung viel präsenter als die Namen früherer Opfer. Es liegt an der Stärke der Opferfamilien und an einer beeindruckenden Unterstützerszene in Hanau, aber auch an der jahrzehntelangen Vorarbeit des VBRG und von Menschen wie Ibrahim Arslan und Heike Kleffner, die für das Empowerment gesorgt haben. Mehrere Angehörige von Hanau gehen jetzt einen ähnlichen Weg, etwa Serpil Unvar, die eine Bildungsinitiative gegründet hat, die sie nach ihrem ermordeten Sohn Ferhat benannt hat.

In die Öffentlichkeit geht auch Sultana Sediqi. Die junge Aktivistin kommt ursprünglich aus Afghanistan. Sie macht politische Arbeit, um die Themen, die ihr am Herzen liegen, hörbar und sichtbar zu machen. Sultana Sediqi setzt sich ein für Menschen mit Migrationsgeschichte, mehr Zusammenhalt, Solidarität und Vielfalt ein. Sie macht sich für Bleiberecht stark. In Thüringen hat sie „Jugendliche ohne Grenzen“ mitgegründet, sie ist im Vorstand des Vereins „Afghanisches Zentrum“ und ist stellvertretende Vorsitzende des Vereins MigraFem. Vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen unterstützt Sultana Sediqi Jugendliche und Frauen, die in Ostdeutschland Rassismus und Diskriminierung erlebt haben und arbeitet dabei eng mit der Thüringer Opferberatungsstelle Ezra zusammenarbeiten, die zum Netzwerk des VBRG gehört. Eine offene, tolerante und gerechte Welt ist ihr Ziel – all das, was manche mit Gewalt zu verhindern versuchen. Es ist zentral, dass Menschen nicht erst zu Opfern werden müssen, bevor sie gehört werden. Wer mehr über die Arbeit von Sultana Sediqi erfahren will, sollte das Interview mit ihr lesen, das heute in der Frankfurter Rundschau erschienen ist. ( <https://www.fr.de/politik/rassismus-ost-ich-habe-immer-pfefferspray-dabei-92495277.html> )

Heute verleiht die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl ihren Menschenrechtspreis an den Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG). In den 90er Jahren hatte der Aufbau von Organisationen, die die Opferperspektive einnahmen und sich zum Teil auch so nannten, gerade erst begonnen. 2014 wurde der VBRG gegründet. Mittlerweile gibt es ein deutlich besseres Netz von Ansprechstellen. Allein im VBRG sind 17 Beratungsstellen aus 14 Bundesländern zusammengeschlossen, die über 25 Anlaufstellen und über eine Onlineberatung für Betroffene verfügen. Sie beraten in jedem Jahr Hunderte von Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Dabei geht es um viele unterschiedliche Aufgaben: zuallererst die Beratung und Begleitung von Betroffenen, damit sie etwa vor Gericht nicht alleine stehen; dann die finanzielle Unterstützung, wo unbürokratische Hilfe gebraucht wird; die öffentliche Stellungnahme und öffentliche Erinnerungsarbeit; die Vernetzung von Opferinitiativen und Betroffenen; und noch immer, wie vor 25 Jahren, die Recherche, damit man nicht auf die offiziellen Zahlen allein vertrauen muss.

Der VBRG entwickelt daraus auch politische Forderungen. Notwendig ist ein humanitäres Bleiberecht für Betroffene rassistischer und antisemitisch motivierter Gewalt ohne festen Aufenthaltsstatus: Das wäre ein wichtiges Signal des Gesetzgebers, dass der Rechtsstaat die Angegriffenen schützt und sich die Botschaft der Täter:innen nicht zu eigen macht.

Auch andere Themen sind immer wieder aktuell. Wir sehen es gerade in den Haushaltsberatungen, wo etwa die Mittel zur Beratungsarbeit für geflüchtete Menschen zusammengestrichen werden sollen. Kann das wahr sein in dieser Zeit?

Es gibt viel zu tun – weit mehr, als die Beratungsstellen leisten können. Aber sie haben die Situation in den Jahrzehnten ihres Bestehens deutlich verbessert. Menschen wie Heike Kleffner, Ibrahim Arslan und Sultana Sediqi stehen für dieses unverzichtbare Engagement. Und Pro Asyl steht auf ihrer Seite im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Eines ist mir an dieser Stelle besonders wichtig. Die Opferperspektive einzunehmen bedeutet nicht, in der Opferrolle zu verharren. Beim Empowerment geht es auch Lebensfreude, um die Freude an einem Leben in Gemeinschaft und Solidarität. Lassen Sie uns den Menschenrechtspreis auch in diesem Sinne feiern.

Ich gratuliere ganz herzlich zu diesem verdienten Preis, Ibrahim Arslan, Heike Kleffner, Sultana Sediqi, und bin sicher, dass er Ansporn ist für weiteres Engagement!